

Rede von Marie Luise von Halem

Marie Luise von Halem spricht zum Antrag der CDU-Fraktion "Erweiterte Zusammenarbeit zur Entwicklung eines gemeinsamen Deutschlandabiturs"

Es gilt das gesprochene Wort ! -

Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: Wir halten die Einführung eines Deutschlandabiturs für absolut unnötig.

Ein regional abgestimmtes Zentralabitur mit Berlin mag Sinn machen, weil die Bildungsinstitutionen wie z.B. das LISUM eng zusammenarbeiten und auch so prosaische Dinge wie der Beginn der Sommerferien parallel organisiert sind. Auf Bundesebene sieht das alles aber anders aus:

Es gibt bereits die Einheitlichen Prüfungsanforderungen (EPA), die in ganz Deutschland gelten. Nichts ist so stark geregelt und unter den Ländern abgestimmt wie die Abiturerwartungen.

Ein Einheitsabitur würde bundesweit einheitliche Oberstufenstrukturen erfordern und die Wahlfreiheit zwischen den Unterrichtsfächern einengen. Es widerspräche damit explizit einer Schule, die auf Individualisierung und Vielfalt setzt. Wir wollen Profilbildung erlauben, unterschiedliche Rahmenlehrpläne in einzelnen Bundesländern und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in den Schulen. Wir wollen auch einseitig begabten Schülerinnen und Schülern eine Chance geben, das Abitur zu machen.

Und es gibt noch einen ganz simplen praktischen Grund, der gegen das Deutschlandabitur spricht: Es würde einen einheitlichen Ferienbeginn erfordern. Daran können sich die Bündnisgrünen nicht beteiligen. Dann hieße es wieder, wir wären am Stau schuld.

Nein, die Forderung nach einem Einheitsabitur ist nichts als bürokratischer Zentralismus. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, Schülerinnen und Schüler würden durch die Einführung eines Deutschlandabiturs mehr lernen. Im Hinblick auf mehr Qualität und Bildungsgerechtigkeit brächte es keine Verbesserung!

Außerdem liegen die entscheidenden Probleme im Bildungssystem nicht bei den AbiturientInnen, sondern in den ersten Jahren, bei Kita, Grundschule und dem Übergang in die weiterführenden Schulen. Und die Probleme liegen bei der Unterrichtsqualität. Darauf sollten wir in Brandenburg unsere Energie verwenden.

Zuletzt ein Zitat von Priska Hinz, der Bündnisgrünen bildungspolitischen Sprecherin im Bundestag: "Ein Zentralabitur macht soviel Sinn wie die Entscheidung, dass Ostern von nun ab immer am 10. April sein soll. Es hat nichts mit der Qualität der Ostereier zu tun."

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag



[Redemanuskript als pdf](#)